

Es handelt sich also um eine private einmalige Anfrage eines Angestellten bei einem persönlichen Bekannten. Er hat sich weder hierbei noch sonst geistig oder praktisch an den Bestrebungen der Landvolkbewegung beteiligt. Dagegen ist ihm zum Vorwurf zu machen, daß er überhaupt mit einer Persönlichkeit in Verbindung getreten ist, die in radikalem politischen Kampfe steht, und daß er hierbei seine dienstliche Adresse verwendet hat. Der Reichswehrminister wird die Wiederholung solcher Mißgriffe für die Zukunft abstellen. Es ist also klar gestellt, daß weder der Fall Jeschke noch der Fall G a z a - H a m m e r s t e i n den geringsten Beweis erbracht haben, daß die Reichswehr mit den Bombenattentaten in Verbindung steht. Das Reichswehrministerium steht der Durchführung der beiden Strafanträge wegen Verleumdung entgegen.

**Wald stechbriefflich verfolgt.**

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Berlin hat bei der fortgesetzten Untersuchung in der Bombenaffäre nunmehr auch gegen den flüchtig gewordenen früheren Privatdetektiv **Herbert Volk**, zuletzt Wohnhaft Berlin, den Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung, Erlass des Haftbefehls und eines Steckbriefs bei dem Untersuchungsrichter beantragt. Volk wird beschuldigt, an den Attentaten in Schleswig-Holstein und an dem Anschlag auf das Reichstagsgebäude in Berlin in hervorragender Weise beteiligt zu sein.

**Die Forderungen der deutschen Postbeamten.**

Berlin. Der 18. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten nahm, bevor er geschlossen wurde, zahlreiche Anträge, in denen die Forderungen der Postbeamten niedergelegt sind, an. Es werden u. a. größere Mittel zu billigem Zinsfuß für den Wohnungsbau, Zuschüsse für die teureren Neubauwohnungen, Kästchenlieferung für Außenbeamte, Beseitigung des Zustellendienstes an Sonn- und Feiertagen verlangt. Der Verbandsvorstand erhielt die Ermächtigung zum Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft mit den österreichischen Postverbänden. Mit einem Bekenntnis zum republikanischen Staatsbau und dem Ausdruck enger Verbundenheit mit dem Volke schloß der Verbandstag.

**Die gesetzliche Altmiete.**

Berlin, 21. September. In absehbarer Zeit dürfte vielfach mit einer Erhöhung der gesetzlichen Miete für Alträume zu rechnen sein. Die Frage wird aber erst nach der Rückkehr des Wohlfahrtsministers im Oktober akut werden, weil angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine genaue Prüfung stattfinden soll, in welchem Ausmaß eine Erhöhung zur Zeit zu tragen ist. Letzten Endes wird die Erhöhung der Altmieten abhängig sein von der Genehmigung des Staatsministeriums. Im Wohlfahrtsministerium hält man es jedoch für abwegig, eine Erhöhung von 120 auf 140 Prozent vorzunehmen, da sich eine solche Heraufsetzung der Staffelung nicht nur auf die Preise für Mietwohnungen und auf die Ladenmieten auswirken würde, sondern weil vor allen Dingen eine Mietserhöhung eine neue und allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter herbeiführen würde.

**Politische Zusammenstöße in Berlin.**

W.B. Berlin, 22. September. (Drahtbericht.) Bei einem Propaganda-Umzug, den die Nationalsozialisten heute mittag durch Neußölln und den Südosten der Stadt veranstalteten, kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern und politisch Andersdenkenden, bei denen die Polizei eingreifen und Feststellungen vornehmen mußte.

Als der Zug die Luisenbrücke passierte und dort ein Gedränge entstand, fielen mehrere Schüsse, durch die aber niemand verletzt wurde. Die Polizei nahm neun Angreifer fest. Bei einem von ihnen fand man eine Schreckschusspistole, aus der, wie festgestellt, zwei Schüsse abgegeben worden waren.

Auf dem Spielmannsplatz am Görlitzer Bahnhof wurde ein Privatkraftwagen, in dem der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels und vier andere Nationalsozialisten saßen, von Andersdenkenden angehalten. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen wurden auf beiden Seiten mehrere Schüsse abgefeuert. Die Polizei nahm den Abgeordneten Dr. Goebbels und die übrigen Insassen des Autos fest und führte sie der Abteilung I A des Polizeipräsidiums zu. In dem Auto fand man eine Pistole und mehrere Hülsen. Der Chauffeur des Wagens hatte einen Streifschuß am Hals erhalten.

Auch an verschiedenen anderen Stellen der Stadt kam es am Sonntag zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen verschiedener politischer Richtungen. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen und Beteiligte festnehmen. Gestern abend waren in Schöneberg 80 Kommunisten, die teilweise die Uniform des verbotenen Rotfrontkämpferbundes trugen und verbotene Lieder gesungen hatten, festgenommen worden. Bis heute nachmittag wurden außer diesen 80 Kommunisten im ganzen 21 Ruhestörer dem Polizeipräsidium zugeführt.

W.B. Berlin, 22. September. (Drahtbericht.) Um 7 Uhr abends wurden der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels und die übrigen vier Insassen seines Autos wieder freigelassen. Wie festgestellt wurde, war das Auto, in dem Dr. Goebbels und seine Parteifreunde saßen, von politisch Andersdenkenden scharf bedrängt worden, worauf einer der Insassen des Wagens Schüsse aus einer Schreckschusspistole abgab.

Auf dem Untergrundbahnhof Friedrichstadt wurde der Redakteur Ulrich Salinger von Nationalsozialisten verprügelt. Er erlitt leichte Verletzungen am Kopf. Zwei Nationalsozialisten wurden als Hauptbeteiligte zwangsgestellt. Von den im Laufe des Sonntags festgenommenen befinden sich noch 15 im Polizeipräsidium, doch ist auch mit ihrer Freilassung zu rechnen.

**Ruhe in Oesterreich.**

Neben von Streeruwitz und Steidle.

Auf dem Gelbesfeld der Burg fand eine von etwa 25 000 Personen besuchte Heimwehrversammlung statt. Der Bundesführer der österreichischen Selbstschutzbünde, Dr. Steidle, erklärte, es sei eine Lüge, wenn man von einem Bürgerkriegsgedanken der Heimwehr spreche. Unstimmigkeiten in der Heimwehrführung gäbe es nicht, die Sozialdemokraten bemühten sich, in Wirtschaftskreisen Stimmung gegen die Heimwehr zu machen. Alle Gerüchte über die Heimwehren sollten aber nur verhallen, daß sich die Sozialdemokraten am Ende ihrer Kraft fühlen. Die

Heimwehr habe ihre Ziele klar vor Augen. Über ihr Programm gäbe es kein Feilschen und Handeln, sondern nur Erfüllung der Forderungen, die nunmehr von der Mehrheit des Volkes den gesetzgebenden Instanzen vorgetragen würden.

In seiner Rede auf der stark besuchten Tagung des Niederösterreichischen Bauernbundes sprach Bundeskanzler Streeruwitz, stürmisch begrüßt, zunächst über die Bedeutung der Bauernschaft für den Staat, über die Notlage der Landwirtschaft und über die verschiedenen schon getroffenen und in Aussicht genommenen Regierungsmahnahmen zur Linderung dieser Not der österreichischen Agrarier. Aber eins ist nötig, fuhr Streeruwitz fort, und fördert mächtig alle wirtschaftlichen Bestrebungen, nämlich Ordnung und Frieden im Lande. Eins ist so wichtig wie das andere.

Es wurde eine Resolution angenommen, in der unter Ablehnung des Klassenkampfes und Betonung der Volksgemeinschaft ausgesprochen wird, es sei die Pflicht des Bauernbundes, Hand in Hand mit der Heimwehr und im vollen Vertrauen zu den legalen Sicherheitstruppen, mit allen erlaubten Mitteln den Reinigungsprozeß durchzuführen, um dem ideellen Zweck des Heimatschutzgedankens zum Durchbruch zu verhelfen und den bodenständigen Arbeiter in gemeinsamer wirtschaftlicher Kampffront zum sozialen Aufstieg zu bringen. Weiter heißt es in der Entschlieung, das freigewählte Parlament müsse auf dem Boden bleiben, auf dem ganze Arbeit für Wirtschaft und Kultur geleistet werde. Schließlich wird der Regierung Streeruwitz das Vertrauen des Bauernbundes ausgesprochen und weiter betont, daß die Regierung unter der Führung eines hervorragenden Mannes der Wirtschaft stehe, der Wege finden werde, denen das Parlament folgen könne und daher folgen müsse.

**Ein Kampf zwischen Heimwehrleuten und Schützbindlern.**

Wien, 22. September. Der heutige Sonntag ist in Oesterreich im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in der Nähe des Ortes Oberlaa (Nieder-Oesterreich) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Heimwehrleuten und Schützbindlern. Etwa ein Duzend Heimwehrleute kamen von einer Versammlung in Oberlaa, wo eine Fahnenweihe stattgefunden hatte. Als sie durch eine Siedlung marschierten, trat ihnen ein Trupp sog. „Roter Falken“ (Turnervereinigung) entgegen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der auch mehrere Schüsse gewechselt wurden. Die Schützbindler, die Unterstützung erhielten, verfolgten die Heimwehrleute und belagerten sie in ihrer Kirche, in die sich geflüchtet hatten. Schließlich wurden die Heimwehrleute von der Polizei befreit.

**Aus Wilhelmsburg.**

Wilhelmsburg, 23. September.

**Kommunalwahlen in Preußen.**

Entschlieungen der pommerschen Landgemeinden.

Auf dem 6. Pommerschen Landgemeindetag in Straßburg sprach der Präsident des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gerete, über das Thema „Kommunalpolitische Tagesfragen“. Er führte u. a. aus: „Überall auf dem Lande muß bei der Vorbereitung der Wahl darauf geachtet werden, daß die politischen Parteien der Bedeutung des Landvolkes durch entsprechende Benennung ländlicher Vertreter Rechnung tragen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich Dr. Gerete mit dem finanziellen Zustand der Landgemeinden. Er dringend notwendig sei es, daß der preussische Verteilungsschlüssel für die Reichssteuerüberweisungen durch eine entsprechende Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und der Schuldenzahl gerechter und günstiger für die Landgemeinden gestaltet würde. Für den Schuldenausgleich forderte der Redner die Berücksichtigung der tatsächlichen finanziellen Leistungsfähigkeit des einzelnen Schulverbandes. Die Aufrechterhaltung und die Förderung der Volksschulen auf dem Lande sei eine der wichtigsten kulturellen Aufgaben des Staates, hinter der nötigenfalls andere Aufgaben zurückzutreten hätten. Mit Sorge erfülle die Gemeinden die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung. Es dürfe die Arbeitslosenversicherung nicht zu ungunsten der gemeindlichen Finanzen entlastet werden, sonst sei eine wesentliche Erhöhung der Realsteuern unvermeidbar. Es sei falsch, zu glauben, die Landgemeinden stünden im Kampfe gegen den Staat. Sie ständen sich jetzt nur ungerecht zurückgezogen und forderten Gleichberechtigung. Ein Staat, gleich welcher Form, werde sich nicht stützen können auf die fliehende Masse der großen Städte, sondern er werde sich nur auf die Dauer erhalten, wenn es ihm gelinge, das Vertrauen zu erwerben jener Kreise des Landvolkes und der Landgemeinden, die das feste Fundament für den Wiederaufbau des Staates sind.“

Es wurde dann eine Entschlieung gefaßt, in der die von dem Präsidenten erhobenen grundsätzlichen Forderungen des Verbandes formuliert sind.

**Septembersitzung des Hannoverischen Provinzialausschusses.**

Der Provinzialausschuß trat am 19. und 20. September unter Vorsitz des Gemeindevorstehers Bratte (Misburg) im Ständehause zu Hannover zusammen.

An Beihilfen zur Unterhaltung der Landstraßen für das Jahr 1928 wurden an chauffeearme Kreise 505 000 R.-M. verteilt. Dem Vorschlage des Landesdirektoriums entsprechend beschloß der Provinzialausschuß, beim Provinzial-Landtag zu beantragen, auf die Rückzahlung nachstehender Teilbeträge der provinziellen Hochwasserchäden-Darlehen aus dem Jahre 1926 zu verzichten:

für den Kreis Wunzen	73 837,07 R.-M.
für den Landkreis Lüneburg	26 936, — „
für den Kreis Fallingb.-Hofel	15 500, — „

Der linksrheinischen Kanalgenossenschaft in Meppen wurde zu Besserungs- und Ergänzungsarbeiten letztmalig eine Beihilfe von 40 000 R.-M. bewilligt. Der Antrag des Reichsbundes und des Gemeinnützigen Bauvereins E. G. m. b. H., Geestmünde in Weßermünde auf Gewährung eines Darlehens von 50 000 R.-M. aus dem Siedlungsdarlehensfonds für kriegsbeschädigte mußte aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden. Zur Verschmelzung der beiden Kleinbahnen Winsen-Evendorf-Hülz und Winsen-Niedermarkschacht erteilte der Provinzialausschuß seine Genehmigung.

Für die Gewerbesteuerberufungsausschüsse bei den Regierungen Dsnabrück bezw. Stade wurden als Ersatz für verstorbene und verzogene Beisitzer gewählt: Handelsgerichtsrat August Rint, Dsnabrück, Lotterstraße 13, bezw. Bäckermeister Wilhelm Gerbts, Bremerörde und Kaufmann Ferdinand Gerken, Buztehude.

Außerdem wurde noch eine Reihe von Personalsachen und internen Verwaltungsangelegenheiten erledigt. Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses wurde auf den 21. und 22. Oktober d. J. festgelegt.

**Verein für Heimatkunde.**

Am Sonntag, dem 15. September öffnete der Verein für Heimatkunde sein Museum für den Besuch der Wilhelmsburger Heimatsfreunde. Den etwa 40 erschienenen Besuchern gab der Vorsitzende Herr Rektor Reinstorf, zunächst eine Erklärung über den Zweck und die Aufgaben des Vereins. In längerer Darstellung führte er die aufmerksam lauschenden Zuhörer zurück in vergangene Zeiten und wies im besonderen nach, wie Wilhelmsburg ein Kulturgebiet gewesen ist, das vom alten Lande und den Vierlanden beeinflusst, nicht zu eigener Kultur kommen konnte. An Hand vorhandener Sammlungsgegenstände ließ sich das allgemein verständlich nachweisen. Ein Reichen bodenständiger Kunst, zugleich ein Prunkstück wie Hamburg und auch Harburg nicht aufweisen können stellte der Vortragende den Besuchern in Gestalt des dem Verein von Peter Beend, Rudolphshorn, geschenkten Schlittens, vor. Einem Vorfahren P. Beends, der Schiffbauer war, zugleich ein Künstler im Schnitzen und Malen, verdankt Wilhelmsburg diesen wertvollen Schlitten, in dem sicher manch fröhliche Fahrt auf dem zugefrorenen Reihersstieg nach Hamburg oder Harburg unternommen wurde.

Anschließend fand die Generalversammlung des Vereins für Heimatkunde statt, in der man den bisherigen Vorstand wiederauswählte. Für Herrn Direktor Meyer, dem der Verein manch wertvolle Anregung verdankte, trat Herr Lehrer Hoffmann, Neuhof, als Schriftführer ein. Die Rechnung ergab in Einnahme: 504,83 R.-M., in Ausgabe: 358,88 Reichsmark, einen Ueberschuß von 146,15 R.-M. für 1928 verfügbar. Der Eintritt neuer Mitglieder ist sehr willkommen. Die Aufgaben des Vereins erfordern neue Arbeitskräfte und Geldmittel.

Die Vereinsarbeit des vergangenen Jahres war vorberatender Art. Sie wird sich in Zukunft insbesondere auf zwei Gebiete erstrecken. Einmal soll in naturkundlicher Hinsicht Wilhelmsburg durchforscht werden. Diese Arbeit hat Herr Lehrer Hoffmann zu organisieren übernommen. Zum andern soll versucht werden, das Andenken für Wilhelmsburgs Entwicklung bedeutender Personen dadurch zu ehren und wach zu halten, daß ihre Lebensdarstellung in Wort und Bild festgehalten wird. Dieser Arbeit werden sich Herr Albertus Behrens, Herr Schütze und Herr Rektor Reinstorf widmen. Die von Herrn Rektor Reinstorf, Lehrer Hoffmann und Generalsekretär Schiebenhöfer zusammengestellte Lichtbildreihe für den heimatkundlichen Unterricht soll auch vom Verein für Heimatkunde erworben werden.

Die Heimatgeschichte Wilhelmsburgs ist nahezu abgeschlossen worden. Die jüngste Arbeit: „Die Insel Neuhof“ von Herrn Direktor Hippold und Rektor Reinstorf, bildet den Schlußstein. Druckfertig liegt noch eine zusammenfassende Darstellung des Schulwesens in Wilhelmsburg.

Dem rührigen Verleger der „Wilhelmsburger Zeitung“, Herrn Schütze, verdankt der Verein wirkungsvolle und hilfsbereite Unterstützung. Kommen noch Verständnis und wohlwollende Fürsorge eines Hohen Magistrates, sowie ideale Arbeitslust und Opferbereitschaft seitens der Mitglieder des Vereins für Heimatkunde hinzu, dann läßt sich auch in einem Orte mit aufsteigender Industrie, wie im Stadteil Wilhelmsburg der Großstadt Harburg-Wilhelmsburg, bodenständige Heimatforschung treiben und Liebe zur Heimat pflegen. — D. Sch.

\* **Kirchensteuern zahlen.** Laut Bekanntmachung werden vom 23. bis 28. d. Mts. von 2-6 Uhr nachmittags im Gemeindefaule in der Kirchenallee die Kirchensteuern der evang.-Luth. Kirchengemeinde Reihersstieg für das erste Halbjahr 1929 erhoben. Wir machen auf die Bekanntmachung aufmerksam.

\* **Deutsch-Evangelischer Frauenbund.** Ueber 450 Frauen aus allen Teilen Deutschlands sind zur Hauptversammlung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes und zur Feier seines 30jährigen Bestehens in Marburg zusammengetroffen. Für Donnerstag, den 19. d. Mts. war eine Ausschussitzung anberaumt, die ein umfangreiches Arbeitsprogramm aufwies. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Beratung eines neuzeitlichen Programmentwurfs. Durch die Zeit sind die Forderungen des alten Programms überholt, dafür sind neue an ihre Stelle getreten. Aber die Grundlagen sind bei beiden dieselben: Das Bekenntnis zum Christentum und zum Evangelium. Nach kleinen redaktionellen Änderungen wurde der vorgelegte Entwurf in allen Teilen einstimmig angenommen. Der Abend brachte eine offizielle Begrüßung durch die Ortsgruppe Marburg und die Feier des 30jährigen Bestehens des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes. In Ehren der Tagung trägt das Marburger Rathaus Flaggen Schmuck. Am Freitag, dem 20. d. Mts. fanden zwei öffentliche Mitglieder-versammlungen in der Aula der Universität statt. In der Vormittagsitzung begrüßten kirchliche, staatliche, städtische und Universitätsbehörden, sowie befreundete Vereine den Tagungsbesuch. Danach folgten die Geschäftsberichte. Nachmittags fanden zwei Vorträge über das Thema: „Im Kampf um die sittliche Reinheit“ auf der Tagesordnung, an die sich eine kurze Aussprache angeschlossen. Eine öffentliche Versammlung in der Universitätskirche beschloß den Abend mit einem Vortrag von Professor Koepf, Greifswald: „Das evangelische Christentum im Wandel der Gegenwart“.

\* **Die amtliche Großhandelsindexzahl.** Die auf den Stichtag des 18. September berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ist mit 138,3 gegenüber der Vormoche (138,2) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen sind die Indexzahlen für Agrarstoffe und für Kolonialwaren um je 0,4 Prozent auf 133,2 (132,7) und 131,4 (130,9) gestiegen. Die Indexzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren war mit 131,8 unverändert, während diejenige für industrielle Fertigwaren mit 157,1 (157,3) leicht nachgefallen hat.

**Spiel und Sport.**

\* **Der Sport des Sonntags.** Der Hammonia-Preis in Groß-Vorfeld brachte den erwarteten Erfolg von Oberwinter vor Contessa Maddalena. — Das deutsche Saint Leger in Grünwald brachte Graf Jonali den Sieg vor Abanti und Balladoli. — In Paris holte sich Kantar den Kaiserpreis vor Bermette vor Le Chatelet. — Die Schluszkämpfe auf der Holland-Becher-Regatta brachten den deutschen Rudereen